

Die Schulen – doch ein sicherer Ort?

VON IRENE HABICH

BERLIN. Über Schulschließungen als Anti-Corona-Maßnahme wurde schon viel gestritten. Nun zeigt sich: Neue Schließungen sind womöglich tatsächlich nicht nötig.

Das Arbeitsmarktforschungsinstitut IZA (Institute of Labor Economics) hat in einer Studie das Infektionsgeschehen nach dem Ende der Sommerferien untersucht und dabei festgestellt: Nach den Ferien wurde kein Anstieg der Infektionszahlen beobachtet.

Grundlage der Untersuchung waren die vom Robert-Koch-Institut gemeldeten Fallzahlen der letzten zwei Ferienwochen und der ersten drei Schulwochen in allen 401 Kreisen in Deutschland. Die IZA-Forscher verglichen dann die Entwicklung in Bundesländern, wo die Schule wieder begonnen hatte, mit der aus Ländern, in denen noch Ferien waren.

Vom Ergebnis waren die Forscher selbst überrascht: Die Wiederöffnung der Schulen hat mitnichten zu einem stärkeren Anstieg der Fallzahlen geführt. Sie hat ihn im Gegenteil sogar ausgebremst.



Viele kleine Maßnahmen bringen viel – auch im Schulalltag.

FOTO: JENS BÜTTNER/DPA

Drei Wochen nach den Sommerferien wurden durchschnittlich 0,55 Fälle weniger pro Tag und 100 000 Einwohner gemeldet. Dieser Effekt war auf die Gruppe der Schüler und ihrer Eltern beschränkt. Auch auf die Risikoaltersgruppe der über 60-Jährigen hatte der Schulbeginn aber keine Auswirkungen. „Dieses Ergebnis entspricht sicher nicht dem, was wir erwartet hätten“, sagt Ingo Isphording, einer der beteiligten IZA-Forscher. Die Autoren überprüften das Resultat daher mit verschiedenen Ansätzen und Rechenmethoden – konnten aber in keinem Fall einen schulbedingten Anstieg der Fallzahlen feststellen.

Eine mögliche Erklärung sieht Isphording in den Hygienemaßnahmen in den Schulen: der Maskenpflicht, dem Unterricht in festen Kleingruppen sowie Schnelltests und der Quarantäne von Klassen, in denen Schüler oder Lehrer positiv getestet wurden. Auch ein anderer Grund ist laut IZA denkbar: Eltern hätten nach der Wiedereröffnung der Schulen vermutlich strenger darauf geachtet, dass sich ihre Kinder nirgendwo anstecken könnten, um eine Quarantäne zu vermeiden. „Wenn die Folge einer laufenden Nase ist, dass meine Tochter nicht zur Schule gehen kann, überlege ich es mir zweimal, ob sie auf engem Raum mit anderen spielen darf“, so Isphording.

Das IZA betont, die Situation beim Schulneustart nach den Ferien lasse „keine Umkehrschlüsse auf die Effekte der Schulschließungen im Frühjahr zu“. Die Autoren wollten ihre Studie zudem „nicht als uneingeschränktes Plädoyer für rasche Schulöffnungen“ verstanden wissen. Sie rieten aber dazu, „Kosten und Nutzen sorgfältig abzuwägen, statt bei lokal aufflammendem Infektionsgeschehen reflexartig wieder zum Mittel der Schulschließung zu greifen“.

Bildungssystem soll transparent werden

Kultusministerkonferenz berät heute abschließend über den Staatsvertrag - Prien sieht „Sprung nach vorn“

VON WOLFGANG SCHMIDT

KIEL. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien sieht das deutsche Bildungssystem auf einem guten Weg zu mehr Vergleichbarkeit und Transparenz. Dazu werde der Bildungsstaatsvertrag einen wichtigen Beitrag leisten, der nach dreijährigen intensiven Debatten nun auf der Zielgeraden sei, sagte die CDU-Politikerin. Auf der Kultusministerkonferenz heute gehe es noch um letzte Abstimmungen. „Diese werden das Vorhaben als Ganzes nicht mehr gefährden.“ Dies zeige auch, dass die Kultusministerkonferenz leistungsfähig sei.

Der Staatsvertrag bedeute inhaltlich einen Sprung nach vorne, sagte Prien. Dies betreffe zum Beispiel die Abiturprüfungen und eine verbindliche Übernahme von Aufgaben aus einem gemeinsamen Aufgabenpool. So verpflichteten sich die Länder, bis 2023 in Mathematik, Deutsch und Englisch je 50 Prozent der Aufgaben aus dem Pool zu entnehmen und ab 2025 je 50 Prozent auch in Naturwissenschaften. Im sogenannten Ifo-Bildungsbarometer hatte sich eine große Mehrheit für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit in der Bildungspolitik ausgesprochen.

„Mittelfristig sollen sich hinter derselben Bezeichnung auch die gleiche Schulart und der gleiche Schulabschluss verbergen“, so Prien. „Dies ist ein gutes Signal für mehr Ein-



heitlichkeit und Transparenz.“ Die Länder werden sich Prien zufolge erstmals verpflichten, zur Deckung des Lehrkräftebedarfs gemeinsam mit den Hochschulen ausreichende Ausbildungskapazitäten für das Studium zu schaffen. „Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, aber es ist eine Schlüsselfrage, und endlich gehen wir es gemeinsam an.“

Im Blick auf den Bildungsföderalismus sagte Prien, dieser sei nach wie vor richtig, um

Für die Abiturprüfungen haben sich die Länder verpflichtet, in Mathematik, Deutsch und Englisch je 50 Prozent der Aufgaben aus dem Aufgabenpool zu entnehmen.

FOTO: DPA

„Die großen Zukunftsthemen in der Bildung können Länder und Bund nur gemeinsam meistern.“

Karin Prien,
SH-Bildungsministerin

lancieren und die Bildungslandschaft vergleichbar zu gestalten.“ Vergleichbarkeit heiße dabei nicht „gleich“. Die Länder müssten aber mehr miteinander kooperieren.

„Die großen Zukunftsthemen in der Bildung können Länder und Bund nur gemeinsam meistern“, sagte Prien. Der Digitalpakt zeige, dass keiner Kompetenzen abgeben müsse, um etwas gemeinsam zu erreichen. „Kooperationen kommen allen zugute“, sagte Prien. „Ich sehe Bund und Land deshalb mehr denn je in einer Verantwortungsgemeinschaft.“ Im Übrigen sei das Geld, das der Bund verteile, vorher in den Ländern erwirtschaftet worden. Von deren Seite gehe es also nicht darum, mehr Geld haben zu wollen, sondern das Geld fließe in die Länder zurück.

Positive Erwartungen hat Prien auch an den nationalen Bildungsrat, den die Kultusministerkonferenz ebenfalls auf den Weg bringen will. „Der Rat soll ein hohes Maß an Wissenschaftlichkeit und politischer Unabhängigkeit erhalten, 16 Mitglieder werden ihn bilden“, sagte die Ministerin. Darunter sollten zwölf Wissenschaftler aus der Bildungsforschung und angrenzenden Disziplinen sein. Das Gremium werde seine Empfehlungen ohne Einwirkung der Politik mit Zweidrittel-Mehrheit treffen und diese dann vor der Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz vorlegen.

Vielfalt und Wettbewerb unter den Ländern zu sichern und die besten Ideen für den Bildungsstandort Deutschland zu finden. Der Bildungsföderalismus stehe aber auch in der Kritik, etwa bei der Vergleichbarkeit der Abiturnoten oder wenn Familien mit schulpflichtigen Kindern in ein anderes Bundesland umziehen. „Es ist deshalb die Kernaufgabe der Bildungspolitik, die Spannung von Vielfalt und Einheitlichkeit neu auszubau-

Köller fordert mehr Mathe in der Schule

KIEL. Der Kieler Bildungsforscher Olaf Köller fordert mehr Mathematik-Unterricht an deutschen Schulen. Er sehe die Leistungen der Schüler kritisch, wie aus einem Interview der „Zeit“ hervorgeht. „Die Leistungen der Grundschüler sind schlechter geworden. Viele Abiturienten verfehlen den Standard, den die Kultusminister festgelegt haben. Wir haben ein Mathe-Problem.“

Im Westen sei das „Mathe-Problem“ ausgeprägter als im Osten. Das liege zum einen daran, dass der Osten mehr Wert

Prof. Dr. Olaf Köller ist Direktor des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik.

FOTO: SEN



auf eine technisch vielfältig orientierte Tradition lege. Zum anderen erhielten Kinder im Osten mehr Mathe-Unterricht. Das würde auch im Westen helfen: „Ein Fach, das so wichtig ist für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe, braucht mehr Stunden.“ Der Wohlstand Deutschlands hänge stark von den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächern ab. Eine „Zeit“-Umfrage zeigt, dass nur 26 Prozent der Deutschen das Schulfach Mathematik nie gemocht haben. 58 Prozent gaben an, es als mühsam empfunden zu haben.



Gegen Masken im Unterricht

Rund 30 Demonstranten kamen gestern Nachmittag auf der Geomar-Wiese zusammen, um gegen die nach den Herbstferien geltende Maskenpflicht im Unterricht zu protestieren. Unter dem Motto

„Gebt den Kindern eine Stimme!“ versammelten sich die Teilnehmer, darunter einige Familien mit Kindern, bewusst in der Nähe des Landeshauses, erklärte Organisator Sebastian Schaudt. Eine ähnliche

Demonstration hatte es hier in der vergangenen Woche gegeben. „Es ist notwendig, dass die Kinder mehr gehört werden“, so Schaudt. Kinder würden durch die Masken Schwindel und Kopfweg bekommen. Viele von ihnen seien durch die Corona-Maßnahmen verunsichert. „Ich finde es wichtig, dass

sich Kinder wieder trauen, aufeinander zuzugehen“, so der Flensburger, der nach eigener Aussage in einem Kinderheim arbeitet. Er kritisiere auch die Corona-Maßnahmen generell. „Das wirkt alles sehr aufgezwungen.“ Die Demonstranten hatten unter anderem Plakate dabei, auf denen zu lesen

war: „Eure Masken töten unsere Kinder“ oder „Selber Super-Spreader“. Eine Demonstrantin sprach davon, dass es sehr viele falsch-positive PCR-Tests gebe. Allerdings gehen Experten davon aus, dass dieses Corona-Testverfahren sehr genau ist.

jmf

FOTO: UWE PAESLER

Prien: Mehr Vergleichbarkeit im deutschen Bildungssystem

Staatsvertrag soll es richten – Nationaler Bildungsrat ist auf dem Weg

Kiel. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien sieht das deutsche Bildungssystem auf einem guten Weg zu mehr Vergleichbarkeit und Transparenz. Dazu werde der Bildungsstaatsvertrag einen wichtigen Beitrag leisten, der nach dreijährigen intensiven Debatten nun auf der Zielgeraden sei, sagte die CDU-Politikerin. Bei der Kultusministerkonferenz am heutigen Donnerstag gehe es noch um letzte Abstimmungen. „Diese werden das Vorhaben als Ganzes nicht mehr gefährden.“ Dies zeige auch, dass die Kultusministerkonferenz leistungsfähig sei.

Der Staatsvertrag bedeute inhaltlich einen Sprung nach vorne, sagte Prien. Dies betreffe zum Beispiel die Abiturprüfungen und eine verbindliche Übernahme von Aufgaben aus einem gemeinsamen Aufgabenpool. So verpflichteten sich die Länder, bis 2023 in Mathematik, Deutsch und Englisch je 50 Prozent der Aufgaben aus dem Pool zu entnehmen und ab 2025 je 50 Prozent auch in Naturwissenschaften. Im sogenannten ifo-Bildungsbarometer hatte sich im Sommer eine große Mehrheit für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit in der Bildungspolitik ausgesprochen.

„Mittelfristig sollen sich hinter derselben Bezeichnung auch die gleiche Schulart und der gleiche Schulabschluss verbergen“, sagte Prien. „Dies ist ein gutes Signal für mehr Einheitlichkeit und Transparenz.“ Die Länder werden sich Prien zufolge auch erstmals ver-



Karin Prien, Schleswig-Holsteins Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. FOTO: ULF-KERSTEN NEELSEN

pflichten, zur Deckung des Lehrkräftebedarfs gemeinsam mit den Hochschulen ausreichende Ausbildungskapazitäten für das Studium zu schaffen. „Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, aber es ist eine Schlüsselfrage und endlich gehen wir es gemeinsam an.“

Im Blick auf den Bildungsföderalismus sagte Prien, dieser sei nach wie vor richtig, um Vielfalt und Wettbewerb unter den Ländern zu sichern und die besten Ideen für den Bildungsstandort Deutschland zu finden. Der Bildungsföderalismus stehe aber immer wieder in der Kritik, etwa bei der Vergleichbarkeit der Abiturnoten oder wenn Familien mit schulpflichtigen Kindern in ein anderes Bundesland umziehen. „Es ist deshalb die Kernaufgabe der Bildungspolitik in den nächsten Jah-

ren, die Spannung von Vielfalt und Einheitlichkeit neu auszubalancieren und die Bildungslandschaft vergleichbar zu gestalten.“ Vergleichbarkeit heiße dabei nicht „gleich“. Die Länder müssten aber künftig noch mehr miteinander kooperieren.

„Die großen Zukunftsthemen in der Bildung können Länder und Bund nur gemeinsam meistern“, sagte Prien. Der Digitalpakt zeige, dass keiner Kompetenzen abgeben müsse, um etwas gemeinsam zu erreichen. „Kooperationen kommen allen zugute“, sagte Prien. „Ich sehe Bund und Land deshalb mehr denn je in einer Verantwortungsgemeinschaft.“ Im Übrigen sei das Geld, das der Bund verteile, vorher in den Ländern erwirtschaftet worden. Von deren Seite gehe es also nicht darum, mehr Geld haben zu wollen, sondern das Geld fließe in die Länder zurück.

Positive Erwartungen hat Prien auch an den nationalen Bildungsrat, den die Kultusministerkonferenz ebenfalls auf den Weg bringen will. „Der Rat soll ein hohes Maß an Wissenschaftlichkeit und politischer Unabhängigkeit erhalten, 16 Mitglieder werden ihn bilden“, sagte die Ministerin. Darunter sollten zwölf Wissenschaftler aus der Bildungsforschung und angrenzenden Disziplinen sein. Das Gremium werde seine Empfehlungen ohne Einwirkung der Politik mit Zweidrittel-Mehrheit treffen und diese dann vor der Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz vorlegen.